

EWN

Entsorgungswerk für
Nuklearanlagen



Pressespiegel

05.08.2024

Inhalt

EWN

1 LNG: Geht Terminal Montag in Betrieb? <i>Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung, 03.08.2024</i>	3
2 Bald Mindestlohn von 15 Euro? Erste Firmen in MV wollen kündigen <i>Nordkurier - Neubrandenburger Zeitung Stargard, 03.08.2024</i>	4
3 Wie sicher sind Castoren auf Dauer? <i>Mannheimer Morgen, 05.08.2024</i>	5

📰 Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung | 03.08.2024 | S. 6

📄 Auflage: 22.824 | Reichweite: 79.409

LNG: Geht Terminal Montag in Betrieb?

Nach monatelangem Testlauf mit wenigen Lieferungen steht die Aufnahme des sogenannten Regelbetriebs am Flüssigerdgas-Terminal in Mukran auf Rügen offensichtlich kurz bevor, so die Nachrichtenagentur dpa. Wie eine Sprecherin des Umweltministeriums in Schwerin sagte, hat der Terminal-Betreiber Deutsche Regas für den kommenden Montag die Aufnahme des regulären Betriebs angezeigt. Dies sei fristgerecht am 21. Juli erfolgt. Der NDR hatte über die Pläne von Regas berichtet. Das Unternehmen selbst äußerte sich auf Anfrage zunächst nicht. Somit bleibt offen, wann und in welchen Abständen Gastanker den Hafen in Mukran anlaufen werden, wo das verflüssigte Erdgas (LNG) von zwei sogenannten Regasifizierungsschiffen wieder umgewandelt und in das deutsche Leitungsnetz eingespeist wird.

Die Genehmigung zum Dauerbetrieb war vom Umweltministerium in Schwerin ungeachtet massiver Proteste auf der Insel bereits im April erteilt worden. Die damals erteilten Auflagen seien im Wesentlichen umgesetzt worden, hieß es aus dem Ministerium. Der Bund hatte den Bau des Terminals an der vor allem touristisch genutzten Ostküste Rügens in das LNG-Beschleunigungsgesetz aufgenommen, um die Gasversorgung in Deutschland weiter sicherzustellen. Doch mehren sich die Zweifel, dass eine Gasmanngelage droht.

Trotz des Lieferstopps aus Russland bezieht Deutschland weiterhin den ganz überwiegenden Teil des Erdgases über Leitungen, insbesondere aus Norwegen, den Niederlanden und Belgien.

Bald Mindestlohn von 15 Euro? Erste Firmen in MV wollen kündigen

Die Mindestlohnpläne der SPD und der Gewerkschaften bringen die Wirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern auf. Unternehmen berichten von Ausbildungsabbrüchen und Lohndebatten.

Schwerin. Das geht vielen Chefs zu weit: Angesichts der drohenden weiteren Erhöhung des Mindestlohns auf bis zu 15 Euro je Stunde ziehen die ersten Unternehmer in MV offenbar Konsequenzen. Einige Firmen würden sich mittlerweile „konsequenter“ von den leistungsschwächeren Mitarbeitern trennen, berichtet der Unternehmerverband Schwerin. Das könnten sich viele Firmen nicht mehr leisten, sagte Verbands-Chefin Pamela Buggenhagen. Inzwischen sei auch eine steigende Abbruchrate bei den Auszubildenden zu beobachten, da einige junge Leute durch den Mindestlohn auch ohne abgeschlossene Ausbildung ein gutes Einkommen erwarten würden. Die Ausbildung hinzuwerfen und ungelernt einfach zu jobben nehme zu, meinte Buggenhagen. Das stelle viele Unternehmen vor Probleme.

Auch die Lohndebatte in den Belegschaften sorgt für Unruhe. Jede Erhöhung auf den unteren Lohnstufen sorge Fachkräften zu hohen Lohnerwartungen. „Die Erhöhungen, die Gewerkschaften zurzeit überall fordern ... bringen die Menschen auseinander“, befürchtete Buggenhagen: „In vielen kleinen Unternehmen sind solche Lohnsprünge nicht leistbar.“ Ohnehin drohen die Kosten aus dem Ruder zu laufen: Mittlerweile bewertet nahezu jedes zweite Unternehmen in Westmecklenburg die steigenden Arbeitskosten als Risiko, geben die Firmenchefs in der Frühsommerkonjunktur-

umfrage der Industrie- und Handelskammer Schwerin (IHK) an.

In Ostmecklenburg und Vorpommern sind es noch mehr: Nahezu zwei Drittel der Firmen sehen durch die Arbeitskosten die wirtschaftliche Entwicklung gefährdet – noch einmal mehr als zu Jahresbeginn, ergab die Konjunkturumfrage der IHK Neubrandenburg. Eine weitere Erhöhung des Mindestlohns würde die wirtschaftliche Dynamik gefährden, meinte Buggenhagen: Die Wirtschaft „schwächelt gerade in vielen Bereichen, man sollte sie nicht weiter belasten, sondern für Entlastung sorgen“. Kanzler Olaf Scholz (SPD) hatte kürzlich eine Anhebung des Mindestlohns von derzeit 12,41 Euro auf 15 Euro je Stunde bekräftigt.

Die Gewerkschaften in MV halten trotz der Bedenken an den Plänen fest: Trotz aller, habe sich die Einführung des Mindestlohns nicht zu einem Jobkiller entwickelt, meinte Laura Pooth, Vorsitzende des DGB Nord. Die Gewerkschaften drängten darauf, den Mindestlohn zunächst auf 14, später auch 15 Euro anzuheben. Pooth forderte zugleich für eine Neuordnung in der Mindestlohnkommission. In dem von den Sozialpartnern besetzten Gremium könne der Vorsitzende in einer Pattsituation Positionen überstimmen. Pooth forderte stattdessen ein Schlichtungsverfahren einzuleiten.

 Mannheimer Morgen | 05.08.2024 | S. 15

 Auflage: 35.182 | Reichweite: 146.979

 Bernhard Zinke

Wie sicher sind Castoren auf Dauer?

Forschung: Experten forschen bereits für eine Verlängerung der Brennelemente-Zwischenlager in Biblis und Philippsburg über die Jahre 2046 und 2047 hinaus

Biblis/Philippsburg. Die beiden Kernkraftwerke am Rande der Metropolregion sind längst abgeschaltet. Gleichwohl lagert sowohl in Biblis (Kreis Bergstraße) als auch in Philippsburg (Kreis Karlsruhe, gegenüber von Speyer) noch immer das strahlende Erbe in Zwischenlagern für hochradioaktive Abfälle. Genehmigt sind diese bis 2046 (Biblis) und 2047 (Philippsburg). Es war eine politische Entscheidung Anfang der 2000er Jahre, die Genehmigung auf 40 Jahre zu begrenzen – obwohl schon damals absehbar war, dass bis Mitte der 2040er Jahre kein Endlager für die hochradioaktiven Abfälle zur Verfügung stehen würde.

Aktuell läuft die Suche nach einem Endlager in Deutschland auf Hochtoren. Die dazu eigens gegründete Bundesgesellschaft für die Endlagerung (BGE) hat den Auswahlprozess gestartet. Mit der Bekanntgabe eines möglichen idealen Standortes wird nicht vor Mitte der 2040er Jahre gerechnet – also genau dann, wenn die Genehmigung der Zwischenlager in Biblis und Philippsburg abläuft. Deshalb arbeitet die zweite bundeseigene Gesellschaft für die Zwischenlagerung (BGZ) mit Hochdruck an der Verlängerung der Zwischenlager-Genehmigungen. „Wobei es sich nicht um eine Verlängerung, sondern um eine komplette neue Genehmigung handelt“, betont Genevieve Mulack, Sprecherin der BGZ. Allerdings drängt die Zeit an anderer Stelle noch viel mehr: Denn für die Zwischenlager in Gorleben und Ahaus läuft die Genehmigung schon 2034 und 2036 aus.

Um die Sicherheit aller Zwischenlager nachzuweisen, hat die BGZ schon seit 2021 ein internationales Forschungsprogramm aufgelegt. Daran sind Universitäten, Forschungseinrichtungen und Industrieunternehmen beteiligt. Rund 20 Einzelprojekte beschäftigen sich mit der Sicherheit der Gebäude, der Behälter und des strahlenden Inhalts. „Wir haben es ja mit einem ganzen Zoo an Teilchen in den Castoren zu tun“, beschreibt BGZ-Forscher Maik Stuke die Herausforderungen. Denn in den Behältern lagern hochradioaktive Abfälle der verschiedensten Art und verschiedens-

ter Herkunft. Da gibt es abgebrannte Brennstäbe aus Druck- und aus Siedewasserreaktoren, die sich voneinander unterscheiden. Es gibt in Glaskokillen eingeschlossenen Atommüll aus den Wiederaufarbeitungsanlagen in Sellafield (England) und La Hague (Frankreich) und weitere strahlende Stoffe aus der Verwendung in Kernkraftwerken. Die müssen weiterhin sicher verpackt in Biblis und Philippsburg stehen bleiben. Und zwar so lange, bis ein Endlager zur Verfügung steht.

Dichtungen des Deckels stehen im Fokus

Die besondere Herausforderung der Forscher bei der Fragestellung: „Wir haben keine 100 Jahre alten Castorbehälter“, sagt Stuke. Der erste Castor, der beladen wurde, stammt aus dem Jahr 1992. Also müsse man mit wissenschaftlichen Modellen arbeiten und mögliche Entwicklungen vorausberechnen.

Ein besonderer Fokus liegt auf den Behältern, vor allem bekannt als Castoren. Eine Genehmigung hängt vor allem von der Einhaltung der genau definierten Schutzziele ab, erläutert der promovierte Physiker Stuke. Das sind im Einzelnen: Die Restwärme, die der hochradioaktive Abfall immer noch abgibt, muss zuverlässig abgeleitet werden, es darf keine unkontrollierte Kettenreaktionen geben, die radioaktive Strahlung muss abgeschirmt werden und das Material sicher dauerhaft eingeschlossen sein.

Da die Castoren jeweils 120 Tonnen schwere Behälter aus dickwandigem, nahezu unzerstörbarem Stahl sind, konzentriert sich ein wesentlicher Teil der Forschung auf die Dichtungen des Deckels. Die spannende Frage, die es unter anderem zu beantworten gilt: Wie reagiert die mit Silber oder Aluminium ummantelte Metallspirale im Lauf der Jahre und Jahrzehnte auf den Druck, der auf dem Deckel lastet? Dazu sind einige Versuchsanordnungen gemeinsam mit den Herstellern aufgesetzt. Die Hitze sei eigentlich kein Thema, die sei nach ein paar Jahren weg, erläutert Stuke.

Aber auch die permanente Überwachung der Zwischenlager schreibt die BGZ groß. Jeder einzelne der aktuell 1500 in Deutschland eingelagerten Castorbehälter habe einen eigenen Fingerabdruck, abhängig von seinem individuellen Inhalt. Ein besonderes Augenmerk liegt auf der Dichtigkeit der Behälter. Der Zwischenraum zwischen den beiden Deckeln steht durch ein Edelgas unter Druck. Sobald sich dieser Druck verändert, weiß die BGZ, dass einer der beiden Deckel undicht ist. Das sei aber im Lauf der vergangenen 30 Jahre noch nie vorgekommen. Sollte ein Überwachungssystem indessen Alarm schlagen, liegen Reparaturkonzepte in der Schublade. In bestimmten Fällen wird ein weiterer, sogenannter Fügedeckel auf den

Castorbehälter aufgeschweißt oder der obere Deckel repariert. Geöffnet wird der Castor nicht.

Die Anträge zur Verlängerung der Zwischenlager-Genehmigung muss die BGZ acht Jahre vor Auslaufen der Genehmigung einreichen. Für Biblis und Philippsburg müsste ein jeweiliger Antrag also in den Jahren 2038 beziehungsweise 2039 gestellt werden. Aber wie gesagt: Noch mehr drängt die Zeit bei Gorleben und Ahaus. Für Gorleben will die Bundesgesellschaft den Antrag bereits in zwei Jahren, 2026 fertig haben, für Ahaus zwei Jahre später. Wenn Biblis und Philippsburg an der Reihe sind, dürften die Neuanträge auf die Genehmigung der Zwischenlager dann fast schon Routine sein.